

ANTRAG

an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 10. November 2023

Sicherstellung der Bargeldversorgung im ländlichen Raum

Die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Tiroler Landesregierung auf, ein Konzept im Sinne der Antragsbegründung auszuarbeiten, um eine flächendeckende – und vor allem im ländlichen Raum – Bargeldversorgung sicherzustellen.

Begründung:

„Auf der Suche nach dem Bankomaten in den ländlichen Gemeinden - Mehr als 300 Bankomaten wurden in Österreich im vergangenen Jahr stillgelegt. Vor allem am Land ist der Bankomatenschwund spürbar.“ (Auf der Suche nach dem Bankomaten in den ländlichen Gemeinden | Tiroler Tageszeitung – Aktuelle Nachrichten auf tt.com) Viele Serviceeinrichtungen und Güter des täglichen Bedarfs sind in Tirol längst nicht mehr an allen Standorten ohne Einschränkung verfügbar. Während die Zahl an Postfilialen weiter sinkt, kommt es auch bei Bankgeschäften oder einfachsten Bargeldbehebungen inzwischen zu einem leisen Sterben der Filialen. Wo früher oftmals jede Ortschaft über eine eigene Bankfiliale verfügte, kann man heute froh sein, zumindest noch einen Bankomaten im Ort sein Eigen nennen zu können. Dabei handelt es sich bei der Versorgung mit Bargeld um eine wesentliche infrastrukturelle Maßnahme, die jedem Tiroler ohne große Hürden zustehen muss.

Insbesondere ältere Mitbürger stellt der Wegfall von Bankfilialen und in weiterer Folge auch von Bankomaten vor teils nur schwer lösbare Herausforderungen, wie die „Wiener Zeitung“ in einem Bericht vom 2. Mai 2022 zu berichten wusste: „Ein anderer ist viel subtiler und auch viel schwerer zu bekämpfen: die Digitalisierung der Bank samt Kundenbetreuung. Vor allem ältere Menschen kennen Bankgeschäfte nur analog.“

(Quelle: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2145781-Zu-alt-fuer-einen-Kredit.html>)

„In immer mehr Gemeinden sperren Filialen und Bankomaten zu oder sind schon längst weg. 2021 waren 317 Gemeinden ohne Bankomat, heute sollen es österreichweit bereits rund 450 sein, in denen Banken keinen mehr aufgestellt haben. Dann muss entweder die Gemeinde einspringen – oder die Bewohner:innen müssen kilometerweit in andere Orte fahren, um zu ihrem Bargeld zu kommen.“ (Banken machen Milliardenprofite – aber Bankomaten am Land sind angeblich "zu teuer" (kontrast.at))

Es steht außer Frage, dass die reihenweise Schließung von Bankfilialen sowie der Abzug von Bankomaten eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes darstellt. Um diesem Trend entgegenzuwirken und eine Versorgung mit Bargeld von Jugendlichen bis hin zu Senioren weiterhin sicherstellen zu können, bedarf es auch Überlegungen durch die Landesregierung. Schließlich muss es auch im Sinne der politischen Verantwortungsträger sein, den ländlichen Raum wieder zu stärken und gesellschaftliche Gruppen nicht aufgrund ihres Alters oder mangelnden Zugangs zu modernen Zahlungsmethoden außen vor zu lassen.

Im Burgenland hat man die Zeichen der Zeit längst erkannt und den Gemeinden über die Neuregelung der Richtlinien für die Gewährung von Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln unter die Arme gegriffen. Konkret werden darin im Nachgang der Corona- Krise Projekte und Aufwendungen auf Gemeindeebene gefördert bzw. abgedeckt, darunter eben auch die Aufrechterhaltung des Bankomat-Angebotes. Konkret heißt es in der Pressemeldung zur neuen Richtlinie: „Auch für Gemeinden, die statt einer Bankfiliale einen Bankomatstandort im Ortsgebiet haben und diesen finanzieren, stehen Bedarfszuweisungsmittel von 2.000,00 Euro jährlich je Bankomatstandort zur Verfügung.“ (<https://www.burgenland.at/news-detail/bedarfszuweisungen-neu-mehrgeld-fuer-finanz-und-strukturschwache-gemeinden-im-burgenland/>) Es ist nun an der Zeit, auch in Tirol ein Konzept auszuarbeiten, um den Tiroler auch in Zukunft einen flächendeckenden und niederschweligen Zugang zu Bargeld zu ermöglichen.